

Deutschland, Israel, und die Schatten der Vergangenheit: ein persönlich-politischer Reisebericht

von

Gert Krell

Hofheim, den 4. April 2008

Jede politische Inanspruchnahme des Holocaust, für welche Zwecke auch immer, ist zu verurteilen.
nach Uri Avnery

Man konnte sich kaum vorstellen, dass es irgendwann einmal möglich werden würde, dass Deutsche sich unbefangen über einen beliebigen Aspekt des jüdischen Lebens äußerten.
Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben*

1. Die Vorgeschichte

Irgendwann im letzten Herbst kommt eine Mail von Reiner Steinweg, meinem guten Freund und Kollegen aus alten Frankfurter Friedensforschungszeiten: Wir haben eine Einladung von Dov Ben-Meir und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Konferenz des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue im Netanya Academic College bei Tel Aviv im Februar. Wir, das war die Gruppe von 25 Menschen aus Politikwissenschaft und Friedensforschung, die im November 2006 unter dem Eindruck des Libanon-Krieges in der „Frankfurter Rundschau“ ein (sehr kontrovers diskutiertes) „Manifest“ zu den deutsch-israelischen Beziehungen unter dem Titel „Freundschaft und Kritik“ veröffentlicht hatte.¹ Dov Ben-Meir, ehemaliger Vizepräsident der Knesseth und ein Labour-Zionist der alten Schule,² hatte sehr freundlich, ja fast freundschaftlich, in der Sache freilich sehr entschieden auf dieses Dokument geantwortet. Wie ich später in Israel erfuhr, hatte sich Georg Meggle, einer der Mit-Unterzeichner und einer meiner Mitreisenden, bei der „Rundschau“ sehr für die Veröffentlichung dieser Gegenkritik eingesetzt. Die Manifest-Autoren haben später auf der Basis eines Entwurfs von Reiner Steinweg auf diese Antwort ausführlich reagiert, und es war diese Antwort, wie man uns in Israel sagte, die zu der Einladung an uns geführt hat. Vor wenigen Wochen habe ich einen Entwurf für eine Reaktion auf die erneute Entgegnung von Dov Ben-Meir geschrieben. So sind wir in

¹ *Freundschaft und Kritik. Warum die „besonderen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen. Das Manifest der 25*, in: Frankfurter Rundschau vom 15. November 2006, und Reiner Steinweg (Hrsg. im Auftrag des „Forum Crisis Prevention“): Dokumentation. Das „Manifest der 25: Freundschaft und Kritik“ und die darauf folgende Debatte, www.crisis-prevention.info

² Vgl. seine anschauliche Autobiographie *Jugend in Erez Israel. Erinnerungen* (Gerlingen 2001), die viel Sympathien für die zionistischen Pioniere und ihr Anliegen einer „gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk“ weckt, aber auch die Grenzen eines klassisch nationalgeschichtlichen Blickwinkels dokumentiert.

einem Dialog, in dem wir uns in der Sache nichts schenken, gleichzeitig aber unseres Respekts, unserer Achtung und unserer freundschaftlichen Gefühle füreinander sicher sind.

Ich schwanke, ob ich mitfahren soll, da es nur vier Plätze gibt. Aber ich stürzte mich in die Arbeit, d.h. intensive Nach-Recherchen über Zusammenhänge zwischen der Nazi-Zeit und dem Holocaust auf der einen und dem Nahost-Konflikt auf der anderen Seite. Wir hatten in unserem Manifest solche Zusammenhänge behauptet: zwischen dem Auswanderungsdruck auf die deutschen Juden und den Veränderungen in der Relation zwischen Juden und Arabern in Palästina in den dreißiger Jahren, zwischen dem Entsetzen der Staatengemeinschaft über den Holocaust und der steigenden Unterstützung für das zionistische Anliegen eines eigenen Staates bei Juden wie Nicht-Juden nicht nur in den USA und zwischen der Traumatisierung des jüdischen Volkes und dem israelischen Bedürfnis nach Sicherheit, das auch zu Überreaktionen auf reale oder wahrgenommene Bedrohungen führe. Wir hatten aus diesen so behaupteten Zusammenhängen auf eine besondere Verantwortung Deutschlands nicht nur für die politischen und die Menschenrechte der Israelis (das war selbstverständlich), sondern auch der Palästinenser geschlossen.

Diese These hatte schon in der deutschen Debatte Anstoß erregt. Dabei war sie keineswegs so ungewöhnlich oder gar abwegig, wie sie von einem Teil der Kritik gedeutet wurde. So schreibt z.B. Fritz Stern, einer der großen Historiker unserer Zeit, in „Fünf Deutschland und ein Leben“, einer faszinierenden und bewegenden, mit seiner Autobiographie vernetzten Geschichte Deutschlands (und darüber hinaus) im 20. Jahrhundert.³

Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer. Manche Israelis waren wegen der Erinnerung an den europäischen Massenmord unnachgiebig gegenüber der Außenwelt, besonders gegenüber den Arabern, und die Folgen für die Palästinenser nährten den Zorn der Araber (...)

Die Kritik von Micha Brumlik zum historischen Teil in unserer Argumentation hatte mir besonders zu denken gegeben, obwohl ich andere Kritikpunkte in seiner öffentlichen Stellungnahme zu unserem Dokument, mit denen er uns in die Nachfolge der Nazis stellte, für völlig verfehlt hielt. Micha Brumlik hat sich dafür später entschuldigt, und wir beide haben inzwischen festgestellt, dass wir in unserer historischen und politischen Beurteilung des Nahost-Konflikts sehr viel näher beieinander liegen, als es zunächst den Anschein hatte. Ich schätze sein neues Buch „Kritik des Zionismus“ sehr – keine der üblichen Kritiken wohlgermerkt, sondern ein tief gehendes, empathisches Begreifen des weltgeschichtlichen Ortes und der Dilem-

³ Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen* München 2007, S. 441

matik des Zionismus.⁴ Obwohl wir über Jahre Kollegen in benachbarten Fachbereichen der Frankfurter Universität waren, haben wir uns erst über diese Kontroverse kennen gelernt. Eine erste modifizierte historische Analyse unter dem Titel „Die Last der Geschichte – Über den Zusammenhang zwischen Holocaust und Nahost-Konflikt“ hatte ich schon vor dem Erscheinen von Micha Brumliks Buch in der „Frankfurter Rundschau“ publiziert.⁵ Ich hatte darin u.a. ausgeführt, inwiefern die Wurzeln des Nahost-Konflikts älter und umfassender sind als die Nazi-Zeit und der Holocaust.

Zwei Kollegen aus unserer Viererliste fallen plötzlich wegen Termin-Kollisionen aus, und ich werde erneut gefragt, ob ich nicht doch mitfahren will. Jetzt will ich, und ich freue mich auf Tel Aviv, das ich nur ganz flüchtig kenne. Ich nehme Kontakt mit Tal Leder auf, einem meiner Studenten aus meinen früheren Seminaren über den Nahost-Konflikt, der vor längerer Zeit von Frankfurt wieder nach Tel Aviv gezogen war und mir signalisiert hatte, ich sollte mich doch unbedingt melden, falls ich mal in seine Heimat käme. (Er war zwar in Tel Aviv geboren und aufgewachsen, aber in den achtziger Jahren war die Familie aus geschäftlichen Gründen nach Frankfurt gezogen.) Ich biete ihm per E-Mail einen Deal an: er zeigt mir Tel Aviv, ich unterhalte mich dafür mit ihm ausführlich über seine Promotionspläne. Ein paar Tage später schickt die Friedrich-Ebert-Stiftung aus Israel jedoch ein phantastisches begleitendes Beratungsprogramm um die Konferenz herum, das ich natürlich nicht ausschlagen will. Es ist auch ein Abendessen mit deutschen und israelischen Studierenden vorgesehen, zu dem ich Herrn Leder – in Israel würde man sagen: Tal – mit einladen darf.

2. Der Besuch und die Konferenz

Meine erste Nacht in Tel Aviv ist etwas ungemütlich, mein Koffer war in Wien geblieben. Am nächsten Mittag wird er nachgeliefert, und ich merke, dass mein Wecker verstellt ist, und zwar um mehr als die Zeitverschiebung. Offenbar hat dieses Gerät bei der Sicherheitskontrolle Anstoß erregt und die Verzögerung verursacht. Am Mittag kommt Anita Haviv, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, ins Hotel und stellt uns das Programm vor, danach treffen wir Prof. Moshe Zimmermann von der Hebräischen Universität in Jerusalem und seine Frau Orli Soker vom Sapir Academic College zum Mittagessen. (Auf dem Gelände dieses College wurde wenige Tage später ein israelischer Student von einer Qassam-Rakete getötet.) Ich hatte von Moshe Zimmermann im Jahresheft des deutschen Koordinierungs-

⁴ Micha Brumlik, *Kritik des Zionismus*, Hamburg 2007

⁵ Gert Krell, *Die Last der Geschichte. Zum Verhältnis von Holocaust und Nahost-Konflikt*, Frankfurter Rundschau vom 25. April 2007, S. 7

rats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit einen Artikel über die neuen Historiker in Israel gelesen, deren Stern schon wieder gesunken war, bevor er richtig aufgehen konnte. Wir sprechen über Gott und die Welt, nein natürlich über Zionismus, die neuen Historiker, den Nahost-Konflikt, die Chancen auf einen Frieden, dieses oder jenes Buch und über den HSV, dessen Fan er ist. Moshe Zimmermann hat eine nette ironische Art, die offiziellen Lesarten der israelischen Politik zu kommentieren. Insgesamt gibt es viele Gemeinsamkeiten in Einschätzungen und Haltungen, wir empfinden das Gespräch als außerordentlich angenehm und anregend.

Am Abend – nach einem Nachmittag mit Stadtbesichtigung in Tel Aviv und Jaffa – treffen wir mit Dov Ben Meir und Vertretern von Jugendorganisationen sowie Studierenden zusammen. Dov Ben-Meir erweist sich als ein charmanter, sehr liebenswürdiger älterer Herr. In der Vorstellungsrunde sind wir etwas weniger älteren Herrschaften aus Deutschland nicht so unbefangen wie er und die jüngeren israelischen Gäste. Jeder von uns flicht etwas aus seiner Biographie ein, das dokumentiert, wie sehr wir uns bemühen, dem Schatten der Nazi-Zeit und ihrer Täter und Mitläufer zu entkommen. Ich unterhalte mich lange mit Tal über seine und meine Familiengeschichte, über wissenschaftliche und schöngeistige Literatur, über seine Interessen an verschiedenen möglichen Promotionsthemen, über Israel, über den Nahost-Konflikt. Er empfiehlt mir u. a. Eli Amir, *Der Taubenzüchter von Bagdad*; ich empfehle ihm u. a. Ian Lustick, *Unsettled States, Disputed Lands. Britain and Ireland, France and Algeria, Israel and the West Bank-Gaza*, das beste Buch über den Nahost-Konflikt, das ich kenne, und eines der besten sozialwissenschaftlichen Bücher überhaupt.

Am nächsten Tag fahren wir nach Jerusalem und treffen zum Mittagessen mit Dr. Mahdi F. Abdul Hadi, dem Direktor der Palästinensischen Akademischen Gesellschaft für das Studium der Internationalen Beziehungen, und mit Dr. Nazim al-Jubeh zusammen. Dr. Hadi spricht über die unterschiedlichen Stimmungslagen in verschiedenen palästinensischen Städten und stellt uns sechs Anknüpfungspunkte für Bewegung und Fortschritt im Friedensprozess vor; darunter natürlich die offiziellen und realen Verhandlungen zwischen Ehud Olmert und Mahmud Abbas, aber auch mögliche Gespräche zwischen Israel und Syrien oder eine kontrollierte Öffnung des Gaza-Streifens nach Ägypten. Immerhin sechs Punkte, aber bei keinem scheint es wirklich voran zu gehen; überall gibt es große Hindernisse. Dr. al-Jubeh berichtet von seinen langjährigen politischen Erfahrungen und Bemühungen um einen Ausgleich zwischen Israel und den Palästinensern. Er gehörte zu den ersten, die sich für eine Zweistaatenlösung einsetzten, und zwar zu einer Zeit, in der das durchaus nicht ungefährlich war, bis hin zur Genfer Initiative von 2003. Inzwischen, nach mehr als zwanzig Jahren, hat er endgültig

resigniert und sich aus der Politik zurückgezogen. Er glaubt nicht mehr daran, dass Israel in der Lage oder willens ist, die erforderlichen Konzessionen zu machen, also vor allem den Rückzug aus der West Bank einzuleiten und sicherzustellen. Er meint, die Palästinenser hätten auf mittlere Sicht keine Alternative, als sich in der ihnen auferlegten „Apartheid“ einzurichten, so gut es nur irgend möglich sei, und aus einer (gewaltfreien) Antiapartheid-Bewegung heraus einen neuen Anlauf zu einer echten Zwei-Staatenlösung zu nehmen.⁶ „Sollen sie kommen und uns regieren“, fügt er hinzu.

Am Abend treffen wir uns wieder mit Dov Ben-Meir und mit Vertretern des Netanya Academic College, die uns vor der Konferenz gerne kennen lernen möchten. Ich komme mit Dr. Reuven Pedatzur, dem Akademischen Direktor des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue, in Gespräch, einem Piloten der israelischen Luftwaffe, der heute strategische Studien lehrt. Irgendwann sagt er, Israel sei in einer schweren Krise; er sagt auch, Israel sei ein militaristisches Land. Mir bleibt fast die Luft weg, obwohl ich das gelegentlich schon mal gelesen habe. Was das iranische Nuklearprogramm angeht, so zeigt er sich skeptischer als die letzten offiziellen Einschätzungen von amerikanischer Seite. Er ist überzeugt davon, dass Iran weiter an der Bombe baut. Ich frage ihn, was für ihn das Bedrohliche an dieser Entwicklung sei? Iran könnte doch eine solche Bombe gar nicht gegen Israel einsetzen, ohne gleichzeitig Tausende von Muslimen zu töten; außerdem hätte es mit einem nuklearen Gegenschlag zu rechnen. Das scheint ihn nicht zu überzeugen. Ich muss an Micha Brumlik denken, der schreibt, für Israel sei *jedes* Risiko eines neuen, diesmal eines nuklearen Holocaust unannehmbar, und wenn es noch so gering sei; aber auch an Uri Avnery, der die Aufregung um die iranische Bombe weitgehend für eine inszenierte Hysterie hält.⁷ Wir kommen auch auf das Buch von John Mearsheimer und Stephen Walt über die Israel-Lobby in den USA zu sprechen. Dr. Pedatzur meint, es sei hoffnungslos einseitig in seinen Quellen, ein schlechtes Buch also. Dem stimme ich so nicht zu, aber ich räume ein, dass es einige methodische Mängel in der Argumentation gibt.⁸

Dov Ben-Meir befrage ich zu einem Eindruck von unserer Stadtbesichtigung im Zentrum Jerusalems am Nachmittag. Uns war mitten im arabischen Viertel, in der dichtesten Bebauung,

⁶ Vgl. dazu auch die aktuellen Umfragedaten für die palästinensische Seite, die ein historisches Tief in der Enttäuschung über den Friedensprozess und einen neuen Höchststand im Ausmaß der Verzweiflung und Wut über den Konflikt dokumentieren: Ethan Bronner, *In poll, Palestinians want revenge*, International Herald Tribune vom 19. März 2008, S. 5

⁷ Brumlik, *Kritik des Zionismus*, S. 171; Gush Shalom Forum, *Two States or One State. A Debate between Uri Avnery and Ilan Pappé*, <http://Toibillboard.info/Transcipteng.htm>, S. 14 von 22: "(...) if they gain a nuclear bomb, they will not use it. They will have a Bomb and we will have a Bomb. They will not use theirs because they will know the price, and we will not use ours because we will know the price. We will live in danger like many other nations live under various dangers."

⁸ Vgl. meine ausführliche Besprechung auf der Website der Genfer Initiative, www.genfer-initiative.de (unter „Rezensionen“).

ein Stacheldrahtverhau mit Wachturm auf einer der Dachterrassen aufgefallen. Der freundliche ältere Herr, der uns führte, hatte uns gesagt, dort lebe eine jüdische Siedlerfamilie in ihrem selbst gewählten Ghetto unter bewaffneter Bewachung. Dov Ben-Meir meint nur lakonisch: „Lunatics!“ Ich verstehe einfach nicht, warum der israelische Staat solche Verrücktheiten zulässt. Wir fragen ihn auch, warum Ministerpräsident Olmert entgegen Zusagen, die er Präsident Bush gegenüber gemacht zu haben schien, neue Wohneinheiten in den Siedlungen bewilligt hat. Dov Ben-Meir gebraucht ein anschauliches Bild, um uns das zu erklären. Ehud Olmert bewege sich auf einer Eisscholle; da müsse er versuchen, durch Bewegungen mal in die eine, mal in die andere Richtung das Gleichgewicht zu bewahren, um nicht unterzugehen – eine Anspielung auf Olmerts wackelige Koalitions-Regierung (Neuwahlen würden eher die Verhandlungskritiker stärken) und den Druck der USA.

Am Montag früh treffen wir uns mit Avi Primor, der als Vorgänger von Shimon Stein 1993-1999 israelischer Botschafter in Deutschland war, zum Frühstück in einem Hotel. Er gibt eine kurze, aber höchst spannende tour d’horizon über entscheidende Probleme im Nahost-Konflikt und im Friedensprozess. Avi Primor hält den Libanon-Krieg nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch strategisch für einen großen Fehler, und er begründet, warum die israelische Führung in einen Dialog mit Hamas treten sollte. Insgesamt stellt er das Sicherheitsproblem ins Zentrum seiner Analyse der aktuellen Situation. Wenn (und nur wenn) die israelische Bevölkerung wirksame Sicherheitsgarantien bekomme, so dass sie z.B. nach einem Rückzug aus der West Bank nicht auch noch von dort beschossen werde, sei sie zu weitgehenden Konzessionen bereit, könne der Konflikt beendet oder doch wenigstens in friedlichere Bahnen gelenkt werden. Diese Sicherheitsgarantien könne die palästinensische Seite aber gegenwärtig nicht bieten, und wenn Israel es selbst versuche, führe das zu den bekannten wechselseitigen Eskalationsprozessen. Diese Sicherheitsgarantien müssten von außen kommen, und zwar in Gestalt einer veritablen internationalen Militär- oder Polizeitruppe, die auf längere Sicht in den palästinensischen Gebieten stationiert werde und den israelischen Rückzug absichere. Unter dem Schirm einer solchen Sicherungstruppe vorwiegend aus Soldaten islamischen Glaubens ließe sich die Besatzung aufheben, der wirtschaftliche und politische Aufbau der palästinensischen Gebiete organisieren, ließen sich schließlich die Beziehungen zwischen Israel und dem zu gründenden palästinensischen Staat normalisieren.

Das klingt faszinierend, nicht zuletzt deswegen weil Mahdi Abdul Hadi teilweise ähnlich argumentiert und sogar ausdrücklich türkische Truppen als Möglichkeit ins Spiel gebracht hatte. Natürlich bleibt noch Vieles bei dieser Idee offen. Würden beide Seiten so etwas überhaupt akzeptieren? Wäre Israel bereit, die Gewährleistung seiner Sicherheit in andere Hände zu

geben? Würden sich die radikalen islamistischen Gruppen auf eine solche Option einlassen? Welche Länder kämen für eine solche Sicherheitstruppe in Frage, außer der Türkei einige arabische, eventuell sogar einige europäische Länder? Welche Länder wären bereit, die Risiken, die mit einer solchen friedenssichernden Intervention verbunden wären, auf sich zu nehmen? Konflikttheoretisch könnte man also argumentieren, das zentrale Hindernis für eine Friedenslösung liege in einer Kombination aus Sicherheitsdilemma und Veto-Gruppen. Sicherheitsdilemma heißt, dass es auch dann, wenn zwei konkurrierende Parteien keinen Krieg wollen und im Prinzip defensiv orientiert sind, zum Krieg (oder zu kriegsähnlicher Gewalt) kommen kann, weil es keine übergeordnete Kontrollinstanz gibt, die garantiert, dass die jeweils andere Seite bei defensivem Verhalten bleibt. So aber nimmt jede Seite das, was die andere glaubt, für die Verteidigung ihrer Interessen unternehmen zu müssen, als (erneute) Aggression wahr und es kommt zu Eskalationsprozessen, die beide Seiten eigentlich lieber vermeiden würden, weil sie mit sehr hohen Kosten verbunden sind.⁹ Veto-Gruppen sind politische oder auch militärisch bzw. quasi-militärisch organisierte Minderheiten, die in einem Konflikt nicht bereit sind, sich auf den mehrheitsfähigen Kompromiss einzulassen, den die Konfliktparteien in Aussicht genommen haben, und ihn durch Druck auf die eigene oder durch Provokationen der anderen Seite unmöglich machen. Tritt die Problematik der Veto-Gruppen zu der Problematik hinzu, die aus dem Sicherheitsdilemma resultiert, dann werden diejenigen, die sich auf beiden Seiten aktiv für Frieden und Verständigung einsetzen, meist an den Rand gedrängt. Sie können dem Teil ihrer Gesellschaft, der eigentlich auch grundsätzlich zu einer Verständigung und zu Konzessionen bereit wäre, nicht mehr plausibel machen, warum er diese Konzessionen machen soll, wenn das gewünschte Ergebnis, nämlich dauerhafte Sicherheit (oder im Falle der Palästinenser Sicherheit plus ein entwicklungsfähiges, souveränes Staatsgebiet) so ungewiss und unsicher ist.

Eine internationale Sicherheitstruppe als übergeordnete Sanktionsinstanz könnte nun in der Tat das Sicherheitsdilemma aufheben bzw. die Koalition oder genauer gesagt das Zusammenwirken von Veto-Gruppen und Sicherheitsdilemma auflösen. Die Veto-Gruppen blieben auch dann ein Problem, aber ihre Macht über die Konfliktparteien wäre wahrscheinlich gebrochen. Diese Analyse setzt freilich voraus, dass es auch der israelischen Mehrheitsbevölkerung wirklich nur um die Sicherheit geht und nicht doch um eine Erweiterung des Staatsgebiets bzw. die Aufrechterhaltung des Herrschaftsverhältnisses über die Palästinenser. Ich habe da so mei-

⁹ Natürlich lassen sich nicht alle Konflikt-Situationen mit dem Sicherheitsdilemma erklären. Der zweite Weltkrieg ist nicht aus einem Sicherheitsdilemma entstanden; beim Ersten Weltkrieg oder beim Sechs-Tage-Krieg 1967 spielte es schon eher eine Rolle.

ne Zweifel, denn vieles, was Israel in der West Bank und in Jerusalem macht, hat mit der Sicherheit des Landes nichts zu tun, ja erschwert sogar seine Sicherheitslage.

Gleichwohl bleibt als eine Art Fazit aus den vielen Diskussionen für mich auch die besondere Tragik der gegenwärtigen Situation: Die Lösung des Nahost-Konflikts liegt eigentlich „auf der Hand“ und wäre auf beiden Seiten letztendlich wahrscheinlich sogar mehrheitsfähig, heute vielleicht mehr denn je; zugleich haben die Politik wechselseitiger Vergeltungen, wechselseitiges Misstrauen und die mangelnde Zuversicht, zu einer einvernehmlichen Regulierung gelangen zu können, einen neuen Höhe- oder eher Tiefpunkt erreicht.

Am Nachmittag vor der Abreise steht die Konferenz an. (Eigentlich war es ja gar keine Konferenz, sondern zwei Kurzvorträge mit einer Podiumsdiskussion.) Anita Haviv hatte uns mehrfach gewarnt, wir müssten mit starkem Gegenwind rechnen; Dov Ben-Meir sei selbst unter Kritik geraten dafür, dass er uns eingeladen habe. Bei schlechtem Wetter fahren wir mit dem Kleinbus nach Netanya, unser Fahrer findet das College in einem großen Neubaugebiet erst nach mehreren Rückfragen per Handy. Plakate hängen aus; wir müssen uns eintragen beim Eintritt in den Hörsaal. Gegen den Personalausweis als Pfand bekommt jeder ein Empfangsgerät für die Simultanübersetzung (hebräisch, deutsch und englisch). Presse ist geladen, sogar ein Platz für den deutschen Botschafter in Israel ist reserviert. Insgesamt kommen etwa 100 Personen.

Nach der Begrüßung durch Dr. Pedatzur für die Veranstalter stellt Reiner Steinweg das Manifest noch einmal vor. (Er fängt unwillkürlich auf Englisch an und wechselt dann ins Deutsche, die für seine Stellungnahme verabredete Sprache.) Reiner referiert die Hauptaussagen des Manifests, benennt die Adressaten (die deutsche Politik auf dem Umweg über die Öffentlichkeit), den Anlass (der Libanonkrieg), die Motive und die Ziele der Erklärung, geht auf einige Missverständnisse ein und kündigt an, dass ich unsere These von der historischen deutschen Mitverantwortung für das Schicksal der Palästinenser in meinem Podiumsbeitrag modifizieren werde. Unter seinen abschließenden selbstkritischen Anmerkungen führt er an, unser Beitrag komme um Jahre zu spät und die deutsche Friedensforschung habe sich bisher viel zu wenig um den Nahost-Konflikt gekümmert. Reiner spricht langsam, sehr ruhig, sehr freundlich. Das ist gut gegangen, denke ich, und meine Anspannung lässt etwas nach.

Dann folgt Dov Ben-Meir. Ich lese seinen Text in der englischen Übersetzung mit und werde doch wieder etwas nervös. Mit einem Teil seiner Kritik könnte ich in einen Dialog treten. Der Konflikt zwischen Juden und Arabern reiche in die Zeit vor den dreißiger Jahren zurück, schon 1886, 1920, 1921 und 1929 hätten Araber Juden in Palästina angegriffen und umgebracht. Israel lebe in großer Furcht und fühle sich isoliert. Wie oft habe es schon die Hand

zum Frieden ausgestreckt, wie oft sei es zurück gewiesen worden. Angesichts des Holocaust und der langen Geschichte des Antisemitismus in Deutschland, der sich bis heute chronisch bei zahllosen Gruppen eingenistet habe, bleibe Deutschland auch im eigenen Interesse verpflichtet, an den besonderen Beziehungen zu Israel festzuhalten. An anderen Stellen wiederholt er offenkundige Missverständnisse unseres Textes, die wir durch unsere Korrespondenz schon für ausgeräumt hielten, und gelegentlich holt er sehr weit aus, geht er deutlich über unseren Text hinaus. Er nimmt uns aber ausdrücklich gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz und betont, es sei wichtig, unsere Fehleinschätzungen und unsere vereinfachte Sicht des Konflikts zu korrigieren, denn als Lehrer nähmen wir Einfluss auf die Jugend.

Zu einer Diskussion über die beiden Referate kommt es auf dem Podium nicht. Hermann Bünz, als Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Moderator auf dem Podium, geht mit der ersten Frage gleich zur Sache: Sollen die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel „besondere Beziehungen“ bleiben? Im Manifest stand:

Zu welchen Antworten wir und die Leser mit oder gegen uns auch immer kommen, eines steht nicht in Frage: Dass angesichts der weltweit historischen Einzigartigkeit des Holocaust das Verhältnis der nicht-jüdischen Deutschen zu Juden, zu allen, die sich als solche verstehen, ein einmaliges ist, das von besonderer Zurückhaltung und besonderer Sensibilität geprägt sein muss, und dass uns nichts von der Verpflichtung entbinden kann, dem religiösen Antijudaismus und dem ethnisch oder/und rassistisch motivierten Antisemitismus entschieden entgegentreten, wo immer er auftritt.

Auf dem Podium gebe ich eine doppelte Antwort:

In den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel waren die Nazi-Zeit und der Holocaust immer ein zentraler Bezugspunkt und werden es auch bleiben. Das bedeutet für die deutsche Seite das verpflichtende Erbe (nicht die Last!), sich gegen Rassismus zu stellen, insbesondere gegen Antisemitismus, und freundschaftliche Beziehungen zu Israel zu pflegen. Diese Verpflichtung kann jedoch nicht heißen, dass wir unsere Integrität als Politikwissenschaftler und Friedensforscher aufgeben. Wir möchten uns unsere eigene Meinung zum Nahost-Konflikt bilden, gemäß den wissenschaftlichen und ethischen Standards, die wir in allen unseren intellektuellen Tätigkeiten einzuhalten bemüht sind.

Das greifen die anderen Teilnehmer auf und geben es uns kritisch zurück. Moshe Zimmermann räumt ein, dass Israelis schon mal den Vorwurf des Antisemitismus missbrauchen, um Kritik zu disqualifizieren; zugleich wirft er uns vor, mit deutschen Schuldgefühlen manipuliert zu haben. Er befasse sich nur mit Fakten und nicht mit Befindlichkeiten; die Palästinenser hätten im Holocaust Nazi-Deutschlands gegen die Juden nichts zu suchen. Gisela Dachs von der ZEIT mokiert sich ebenfalls über unsere „Befindlichkeit“ und stellt grundsätzlich unsere Professionalität in Frage. Wir schrieben doch auch keine Manifeste zu anderen Themen, von denen wir nichts verstünden. Wie kämen wir dazu, uns zu dem Thema zu äußern, wenn wir unsere Thesen gleich wieder revidieren müssten? Warum wir nicht ein Manifest an die Adresse der Araber gerichtet hätten? Shimon Stein schließlich widersetzt sich nachdrücklich

und engagiert u. a. unserer These von den Einschränkungen des politischen Diskurses in Deutschland. Außerdem höre ich – zeitweise habe ich Schwierigkeiten, der Übersetzung zu folgen – etwas durch von als Antizionismus getarntem Antisemitismus. Im Übrigen seien unsere Ausführungen zum Libanon-Krieg völlig falsch. (Reiner Steinweg bedeutet ihm später, wir hätten doch nur zentrale Aussagen aus der seriösen Presse zusammengestellt.)

Ich schnappe innerlich nach Luft und versuche, nicht unterzugehen, sondern etwas Land zu gewinnen. Frau Dachs halte ich entgegen, dass wir in unserem Dokument ja nicht nur Israel, sondern auch die arabische Seite kritisiert haben. Im Übrigen gehöre es zum Wesen von Diskussionen, dass in ihrem Verlauf auch die eine oder andere These modifiziert oder korrigiert werde. (Später schicke ich ihr ein längeres wissenschaftliches Papier von mir über „The Burden of History – On the Relationship Between the Holocaust and the Middle East Conflict“.¹⁰ Sie hat darauf nicht reagiert.) Georg Meggle, der Philosoph, der mit mir auf dem Podium sitzt, macht einen Versuch, mit der sokratischen Fragetechnik unsere Lage als deutsche Intellektuelle zu verdeutlichen: „Möchten Sie lieber ein Sohn bzw. eine Tochter von Kain oder von Abel sein?“ Aber diese Frage, mit der er in Deutschland vielfach in gute Gespräche gekommen ist, auch öffentlich, findet kaum Resonanz.

Gegenüber Simon Stein entscheide ich mich, von einem Versuch politischer Einflussnahme auf meine eigene wissenschaftliche Arbeit zu berichten, obwohl ich das ursprünglich nicht vorhatte. Es ging um einen Text von mir zur Geschichte des Nahost-Konflikts, in dem es auch nach Auffassung jüdischer Kollegen keine auch nur entfernt als antisemitisch misszuverstehende Stelle gab. Trotzdem reagierte die Institution, für die ich ihn geschrieben hatte, mit einem massiven (und absurden) Zensurversuch, so wie ich ihn in meinen über dreißig akademischen Berufsjahren noch nicht erlebt hatte, weil sie – wie man mir schließlich mitteilte, als ich drohte, den Fall vor die Ethik-Kommission der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft zu bringen – unter dem Druck einer Botschaft stand.

Ich hätte auch von meinem Kollegen Reiner Bernstein erzählen können, der zu den besten deutschen Kennern der jüdischen Geschichte und des Nahost-Konflikts gehört und der sich wie kaum ein anderer in Deutschland für den Friedensprozess engagiert und zugleich nachdrücklich um äußerste Fairness beiden Seiten gegenüber bemüht ist. Reiner Bernstein, der keineswegs mit allen Positionen in unserem Manifest einverstanden war, hatte sich bereit erklärt, in München eine kontrovers angelegte Podiums-Diskussion darüber zu moderieren. Ein paar Tage nach der Veranstaltung bekam er eine offizielle Mitteilung von einer politischen Stiftung, für die er schon häufig gearbeitet hatte, in dem ihm bedeutet wurde, dass man sich

¹⁰ Eine deutsche Fassung ist in Vorbereitung für die „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“. Vorarbeiten dazu finden sich auf der Website der Genfer Initiative: www.genfer-initiative.de.

bedauerlicherweise genötigt sehe, ihn von der Referentenliste für den Nahost-Konflikt zu streichen. Für Vorträge zum Thema Antisemitismus sei er weiterhin willkommen.

Irgendwann diskutieren die Israelis auf dem Podium untereinander, und ich kann etwas durchatmen. In der Schlussrunde sage ich, das Manifest sei gut gemeint, aber nicht gut genug gewesen. Wir hätten eine Menge gelernt und würden den Dialog in anderer Form fortsetzen. Nachher beim „small talk“ im Flur erregt sich eine uns wohl gesonnene Journalistin, wir seien vorgeführt worden. Der freundliche Assistent des Netanya College, der uns betreut hat, sagt zum Abschied, es sei mutig von uns gewesen, sich der Diskussion zu stellen. Reiner Steinweg macht einen aufgeräumten Eindruck: Er habe die Diskussion, vor allem die Reaktionen aus dem Publikum, als nicht so heftig empfunden, wie er nach den Vorwarnungen erwartet hatte. Ich finde, es war extrem schwierig und heikel.

Im Flur, im allgemeinen Aufbruch, begrüßen mich zwei ältere Damen freundlich, fast herzlich. Sie gehören zu einer Gruppe von „Jeckes“ (der Spitzname für die deutschen Juden in Israel), die mit dem Bus von Tel Aviv zur Konferenz gekommen waren. Die eine gibt mir zwei Bücher zu Theodor Herzl mit. Eins ist auf Hebräisch, das andere ein in englischer Sprache kommentierter Faksimile-Druck seiner Briefe an den Großherzog von Baden, über den er versucht hatte, Kontakt zu Kaiser Wilhelm II. aufzunehmen. Ich sage ihr, dass ich die Bücher an die Universitätsbibliothek in Frankfurt weiterleiten werde, damit sie möglichst vielen Interessierten zur Verfügung stehen. Die andere Dame gibt mir ihre Karte, aus der hervorgeht, dass sie die Vertreterin der Frankfurter Juden in Israel ist. Sie bittet mich, ich müsse mich unbedingt bei ihr melden, wenn ich mal wieder nach Israel käme. Im weiteren Gespräch stellt sich heraus, dass sie in den dreißiger Jahren einige Monate im damaligen jüdischen Kinderheim in meinem Heimatort Hofheim verbracht hat. Das Haus gibt es noch, ich kenne es aus Erzählungen eines anderen Bekannten. „Soll ich für Sie Fotos von diesem Haus machen und Ihnen zuschicken?“ „Ja, gerne.“ „Aber es wird ein paar Tage dauern, ich habe keine Digital-Kamera.“ „Aber das macht doch nichts.“

3. Nachbeben

Am Vormittag nach der Konferenz treffen wir uns noch einmal mit Hermann Bünz, Anita Haviv und Dov Ben-Meir zum Frühstück. Wir versuchen Bilanz zu ziehen. Keine Frage, für mich war es eine der intensivsten intellektuellen und persönlichen Reise-Erfahrungen meines Lebens. Die fachliche Betreuung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv, deren Arbeit ich ebenso bewundere wie die ihrer Projektpartner, von denen wir auch einige kennen gelernt

hatten, war hervorragend; das Programm äußerst dicht und intensiv und zugleich politisch wie kulturell exzellent. Dov Ben-Meir, der schon geunkt hatte, uns seien offenbar die Gegenargumente ausgegangen, weil wir auf seinen letzten Brief, der immerhin schon Monate zurück lag, immer noch nicht geantwortet hatten, kündigen wir eine ausführliche Reaktion an. Wir verabreden außerdem eine Konferenz in Deutschland oder Österreich mit Teilnehmern aus Israel, z.B. über wechselseitige Wahrnehmungen der Konfliktparteien im Nahen Osten und ihre Spiegelungen im deutschen Sprachraum. Dann nehmen wir Abschied und zwei von uns treten die Heimreise an; die anderen beiden bleiben noch für weitere, privat organisierte Gespräche vor allem mit deutschen Friedensfachkräften, die in den besetzten Gebieten arbeiten.

Noch am Abend zu Hause bricht ein Sturm los, demgegenüber die Konferenz nur eine steife Brise war: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat per E-Mail die ersten Reaktionen aus Israel zu unserer Konferenz geschickt. „German Professors: Nazis helped establish Israel“, so heißt die Schlagzeile in der „Jerusalem Post“. In dem Artikel dazu sind Teile eines Interviews mit mir fair wiedergegeben, aber im Vorspann dazu steht doch tatsächlich, wir hätten gesagt, mit der Einwanderung deutscher Juden in den dreißiger Jahren, die vor den Nazis nach Palästina geflohen waren, hätte Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber Israel erfüllt! Das war völlig aus der Luft gegriffen, niemand von uns käme je auf eine solch obszöne Idee. Und es geht weiter: Im Bericht eines Nachrichtendienstes, der über den Pressedienst der deutschen Botschaft in Tel Aviv kommt, steht, wir hätten gesagt (und das wirkt mit den Anführungszeichen wie ein echtes Zitat), mit den Wiedergutmachungsleistungen habe Deutschland ein für allemal seine Schuld an der Shoah beglichen. Auch das war frei erfunden. In anderen Berichten heißt es außerdem, wir hätten gefordert, die besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel aufzukündigen. „Deutsche Professoren: Genug mit der besonderen Behandlung Israels“, so der Tenor in einer deutschsprachigen (oder übersetzten) Meldung, die auch in anderen Texten auftaucht. Auch das hatten wir so nicht gesagt – der (englische) Text des Manifests lag in der Pressemappe –, schon gar nicht mit diesem Vokabular. Reiner Steinweg hatte in seiner Einführung wörtlich Folgendes vorgetragen:

Für internationale Beziehungen gilt im übertragenen Sinne das Gleiche wie für individuelle Freundschaften: ihre Qualität erweist sich dann, wenn man dem Freund an ausgesprochenen Weggabelungen auch ins Gewissen reden, ihn auf Fehlwahrnehmungen, Blindstellen, nicht bedachte Konsequenzen seines Handelns aufmerksam machen kann, ohne die Freundschaft damit zu gefährden. Wirklich gute Freundschaften halten das aus, nur gute Beziehungen halten das aus, verlangen das. In diesem und nur in diesem Sinne plädiert das Manifest dafür, nicht mehr von besonderen Beziehungen zu sprechen.

Ich bin erschüttert und zunächst ratlos, ein fairer und professioneller Bericht über unsere Konferenz in „Haaretz“ bietet keinen hinreichenden Trost. Ich nehme Kontakt mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel auf. Hermann Bünz versucht mich zu besänftigen, ich solle die

Fehldeutungen nicht zu hoch bewerten. Aber ich bin weiter zutiefst beunruhigt und schreibe einen Leserbrief an die „Jerusalem Post“, in dem ich klarstelle, was wir gesagt und was wir nicht gesagt haben. Diesen Brief mit einem Anschreiben, das den Hintergrund erläutert, schicke ich auch an das Büro des Zentralrats der Juden in Deutschland, an die Organisatoren der Konferenz im Netanya Academic College und an meine jüdischen Freunde in den USA. Ich nehme auch Kontakt auf zur „Jüdischen Zeitung“. Der zuständige Redakteur meint lakonisch, die Jerusalem Post mache schon seit 10 Jahren nur noch selten seriösen Journalismus. Wir unterhalten uns über die Konferenz und über die ganze Reise, und in der März-Ausgabe der JZ finde ich später einen längeren Bericht, der die deutsche und die israelische Kritik am Manifest ausführlich dokumentiert, aber auch unsere Position fair wiedergibt.¹¹ Aufatmen.

Ein paar Tage später bekomme ich per Fax ein Schreiben von einer Holocaust-Überlebenden mit dem Briefkopf der „Organization of Former Nazi Prisoners in Tel Aviv“, die aus der Presse von unserer Veranstaltung erfahren hat. Sie protestiert gegen das Manifest, es sei gewissenlos und ein Armutszeugnis. Es sei nicht nur ganz falsch, sondern verhöhne und missbrauche den Holocaust und verunglimpfe das Ansehen seiner Opfer; es spiele den Todfeinden Israels, Hitlers islamistischen Erben, in die Hände. Solidarität könne es nur mit den Opfern der Shoah geben, die Araber seien an ihrem Elend selbst schuld. Alle 25 Unterzeichner des Manifests müssten öffentlich ihre Unterschrift zurückziehen, dann könne man miteinander reden. Sie schickt mir eine Reihe von Zeitungsartikeln mit, darunter einen aus der „WELT in Israel“ über unsere Konferenz.

Der Journalist der WELT bringt keine der oben genannten Behauptungen; er macht uns „nur“ zu antisemitischen Wendehälsen, die sich schon mal opportunistisch drehen, wenn sie zu viel Gegenwind bekommen; und er lässt seinen Kastrationsphantasien freien Lauf. Er war es, der auf der Tagung lautstark gefordert hatte, Ross und Reiter zu nennen, als ich meine Erfahrungen mit politischer Zensur angedeutet hatte. Genüsslich überspitzt er alles, was es auf dem Podium an Kritik gegeben hatte, und stellt uns als dumm aber arrogant hin. Er schreibt, wir hätten Schuld abwälzen oder umkehren wollen, wo doch von einer Erweiterung der Schuld die Rede war. Gewiss, auch Moshe Zimmermann hatte zwei Punkte im Manifest als unannehmbar bezeichnet; er hatte aber auch gesagt, über alles andere könne man reden.

Der WELT-Journalist spricht weiter von der „ständig wiederholten Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Manifestler“, die sich dadurch erst recht verdächtig machten. Ein einziges Mal taucht dieses Thema im Manifest auf, und zwar so wie es auch von der offiziellen deutschen Politik verwendet wird, nämlich im Sinne einer deutschen, österreichischen,

¹¹ Anne Harnadt, *Freundschaft und Kritik. Unterzeichner des „Manifestes der 25“ im Dialog in Israel*, Jüdische Zeitung, März 2008, S. 3

europäischen Verantwortung für die Existenzsicherung Israels. (Wir fügen freilich hinzu, dass es auch eine Verantwortung für die Sicherung der politischen und der Menschenrechte der Palästinenser gibt.) Und er fährt fort, kein Israeli habe seine Ausführungen zu Deutschland mit einer Erklärung begonnen, er sei erleichtert darüber, dass der Morgenthau-Plan nicht zur Durchführung gekommen sei, die Zwangskastration deutscher Männer inbegriffen. Welch' seltsame Verknüpfung!

Den Journalisten der WELT nehme ich nicht wirklich ernst, aber – wie die Reaktion der Leserin, die mir seinen Artikel gleichsam als Beleg für die Berechtigung ihrer Empörung über unser Auftreten in Israel geschickt hatte – er nährte auf seine Weise Vorbehalte und Vorurteile gegenüber unserer Argumentation, wie sie auch in den anderen zitierten Beiträgen deutlich wurden. Ich widme mich wieder Studien, will mehr wissen, mehr verstehen. In meinem Lektüre-Stapel liegt seit langem ein Artikel von Dan Bar-On, einem israelischen Psychologen, der sich intensiv um die Begegnung und die Aussprache zwischen Täter- und Opferkindern, zwischen Deutschen, Israelis und Palästinensern verdient gemacht und viel darüber geschrieben hat. In diesem Artikel aus dem Jahre 1997, als der Friedensprozess schon in seiner ersten großen Krise war, heißt es:¹²

(...) Israel is loaded with layers of trauma which have been transmitted intergenerationally. At each of these critical points – the Holocaust, the War of Independence, the mass immigration during the 1950s, the 1973 War, the [first, G.K.] Lebanon War, the Intifada, and the recent terrorist attacks on civilians – new sources of loss, pain, and trauma were created and had to be acknowledged and worked through. (...) we, as Jews, have been well-trained throughout the ages to define ourselves by our experiences with the Other, who persecuted us and tried to exterminate us. (...) Even if the peace process continues, certain Others may still be counted on to assume the role of the enemy: e.g., the Iranians, the Hamas, the Hizbula. (...)

One should also remember that over a quarter of the Israeli population is composed of Holocaust survivors and their descendants. We have found that, in the third generation, the Holocaust has been adopted as a personal legacy also by the descendants of Sephardi immigrants from countries that were not under Nazi occupation. The organized trips to Poland to visit the Nazi death camps have become a relatively new ritual which serves to strengthen the secular myth of victimization, while also renewing the relationship to the roots from which the Sabra turned away not so long ago. The relevance of the Holocaust to daily events in Israel is being preached almost daily. (...)

The denial of the role of the victimizer, reliving constantly the role of the victim, was the major form of keeping the Holocaust separate from the local conflict. (...)

There is no way to promise that “on the other side of the river of death and dying there is a safe shore of life and living”. In the meantime, we should all learn to swim in this deep and uncertain sea of our current life events.

An anderer Stelle hat Dan Bar-On über den Krieg von 1948 geschrieben, die Shoah habe die Überlebenden blind gemacht für das Leiden der Palästinenser.¹³

¹² Dan Bar-On, *Israeli Society Between the Culture of Death and the Culture of Life*, in: *Israel Studies*, 2:2 (Herbst 1997), S. 95, 99-100, 105, 106, 108

¹³ *A letter to Sami (Adwan) from Dan (Bar-On) for the Jewish New Year*; September 8, 2007, zitiert nach Reiner Bernstein, *Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft*, www.genfer-initiative.de/beitraege.html (2. April 2008)

4. Bilanz und Konsequenzen

Was hatten *wir* falsch gemacht? Hätten wir uns in Netanya auf der Konferenz offensiver verteidigen sollen? Vielleicht hat der Journalist der WELT ja insofern Recht, als wir nicht auf die Streitkultur in Israel vorbereitet waren. Vielleicht war es falsch, darauf zu vertrauen, dass unsere Selbstkritik als Lernfähigkeit und Dialogbereitschaft interpretiert werden würde, und mit einem Papier in die Diskussion zu gehen, dessen Schwächen uns inzwischen bewusst waren. Das Manifest hätte sich z.B. deutlicher mit systematischen und problematischen Fehleinschätzungen und Vorurteilen gegenüber Israel bei politischen Gruppierungen und in der Öffentlichkeit auseinandersetzen müssen. Was die Regierungsebene angeht, so war unsere These von ihrer zu großen Zurückhaltung andererseits (vielleicht gibt es sogar einen Zusammenhang zwischen dem Auseinanderfallen der beiden Ebenen) freilich nicht so falsch, wie sie von unseren Kritikern in Deutschland und in Israel hingestellt wurde.¹⁴

Es gab ja inzwischen auch andere Papiere über die Last der Geschichte auf dem Nahost-Konflikt von unserer Seite, auch als Reaktion auf die Debatte über das Manifest in Deutschland, die vielleicht weniger angreifbar waren und über die wir mit mehr Aussicht auf Verständigung hätten diskutieren können. Ich denke jedoch, das Problem lag woanders: Wir haben nicht genug zwischen zwei verschiedenen Diskurs-Ebenen unterschieden, der wissenschaftlichen und der allgemein-öffentlichen. Was wir über den Zusammenhang zwischen der Nazi-Zeit, dem Holocaust, der Staatsgründung Israels und dem Nahost-Konflikt geschrieben hatten, war in der wissenschaftlichen Debatte nicht ungewöhnlich (vgl. die schon zitierten Passagen bei Fritz Stern), es wird auch in Israel selbst kontrovers diskutiert, so z.B. von Holocaust-Forschern wie Yehuda Bauer oder Dan Michman; von anderen israelischen Autoren sogar mit heftiger und nach meiner Einschätzung weitgehend ungerechtfertigter Kritik an der Politik der Zionisten gegenüber dem Dritten Reich verbunden. Es war auch in der deutschen Debatte nicht neu, nicht einmal die zentrale politische Schlussfolgerung. Wie ich erst jetzt entdeckt habe, hatte Alexander Schölch, ein früh verstorbener Historiker und Arabist unserer Generation, 1982 einen Aufsatz über „Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt“ folgendermaßen eingeleitet:¹⁵

¹⁴ Vgl. das Interview mit Moshe Zuckermann in „TAZ“ vom 19.3.2008: „Wenn Israel irgendein Staat in Lateinamerika wäre, der die Menschenrechte so mit Füßen tritt, wie Israel das in den besetzten Gebieten tut, dann hätte Merkel das natürlich scharf kritisiert. (...) Was Merkel zu den israelischen Siedlungen im Westjordanland gesagt hat, steht in keinem Verhältnis zu dem, was kritisiert werden muss. (...) Natürlich wäre es wünschenswert, dass Deutschland resolut den Rückzug aus den besetzten Gebieten fordert. Aber genau das darf Merkel nicht – weil die historische Situation ist, wie sie ist.“

¹⁵ Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 30:4 (1982), S. 646-674, das Zitat S. 646

Historischen Hinterlassenschaften entrinnt man nicht; in den ungewöhnlichsten Konstellationen wird man zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen. Ein Erbe, welches das Dritte Reich den Deutschen hinterlassen hat, ist die Verstrickung in den Palästina-Konflikt. Was die Entstehung des Staates Israel als Folge des Antisemitismus, der Judenverfolgung und schließlich des systematischen Völkermords im Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus anbelangt, so wurde das Erbe als Verpflichtung weitgehend angenommen. Was die direkten Folgen der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina anbelangt, insbesondere den Exodus der palästinensischen Araber, so wurde das historische Erbe weitgehend zurückgewiesen, indem man sich weigerte, den Zusammenhang zu sehen.

Genau das hatten wir sagen wollen. Gewiss, wir hatten die Einwanderung deutscher Juden, die in den dreißiger Jahren dem Entrechtungs- und Verfolgungsdruck der Nazis rechtzeitig entkommen wollten und konnten, überschätzt. Das tun übrigens viele Quellen, auch israelische oder andere jüdische. Die fünfte Alija galt im Palästina der dreißiger Jahre vielfach als die Alija der Jeckes, als die Einwanderungswelle der Deutschen, die man an ihren Jacken erkannte. Mit dem typisch jüdischen Humor, der immer etwas Ironisch-Melancholisch-Sarkastisches hat, wurden diese Einwanderer damals oft gefragt: „Kommen Sie aus Überzeugung oder kommen Sie aus Deutschland?“ Immerhin war der Anteil der deutschsprachigen Juden an der Einwanderung, der sonst immer um die 2,5 Prozent gelegen hatte, sprunghaft auf 25% gestiegen. Aber auch in den dreißiger Jahren kam die große Mehrzahl der jüdischen Immigranten, nämlich 75%, *nicht* aus Deutschland oder Österreich, sondern aus den europäischen Ländern, die (noch) nicht zum Einfluss- und Herrschaftsbereich Nazi-Deutschlands gehörten, und zwar vor allem aus Polen. Für die wirtschaftliche Stabilisierung des Jischuw und für das Wachsen der Schere zwischen der jüdischen und der arabischen Ökonomie in Palästina jedoch war die deutsche Einwanderung von besonderer Bedeutung. Alexander Schölch schrieb dazu:¹⁶

Nichtsdestoweniger waren die beruflichen Qualifikationen eines großen Teils der deutschen Einwanderer, das finanzielle Gesamtvolumen des Transfers (...) und der Import wichtiger Investitionsgüter aus Deutschland entscheidende Faktoren der Festigung der jüdischen „nationalen Heimstätte“, zumal in einer Periode, in der diese durch den arabischen Aufstand (1936-1939) und die Zurückweisung der von der Peel-Kommission 1937 vorgeschlagenen Teilung des Landes durch die britische Regierung politisch gefährdet war.

Aber diese Zusammenhänge kann man im Seminar (z.B. mit deutschen, israelischen und arabischen Studierenden) oder auf einer wissenschaftlichen Konferenz diskutieren. Da gibt es einen Rahmen für Vertrauen, sind Rückfragen möglich, kann sich eine Diskussion entwickeln. Für eine öffentliche Präsentation, gar in Israel, selbst wenn sie mit Rede, Gegenrede und Podium ein Stück Diskurs vortäuscht, eignen sie sich nicht – einmal ganz abgesehen von dem grundsätzlichen Einwand Uri Avnerys, der *jede* Form der Indienstnahme des Holocaust für politische Argumentationen verurteilt; eine Position, zu der ich selbst mehr und mehr tendiere.

¹⁶ a.a.O., S. 649

Dazu noch ein paar systematische Überlegungen:

(1) Der Holocaust ist bis heute im Nahost-Konflikt ständig präsent, einmal als langer Schatten der Vergangenheit (vgl. das Zitat von Dan Bar-On), aber auch als Instrument in den aktuellen politisch-propagandistischen Auseinandersetzungen: Holocaust-Leugnung durch die iranische Führung; ständige Vergleiche zwischen der israelischen Besatzung oder militärischen Aktionen Israels mit dem Holocaust durch die arabische Seite; Androhung einer Shoah gegenüber den Palästinensern durch einen israelischen Vize-Verteidigungsminister; Androhung eines neuen Holocaust an den Juden durch einen Imam im Gaza-Streifen; Vergleiche zwischen dem Holocaust und der Räumung von Siedlungen oder von verständigungsbereiten israelischen Politikern mit hohen SS-Funktionären durch radikale Siedler; Gleichsetzung verschiedener arabischer Führer mit Hitler von Seiten israelischer Politiker oder Teilen der Öffentlichkeit. Mischen sich ausgerechnet noch Deutsche von außen in diese Diskussion ein, in der ohnehin schon alles durcheinander geht, dann sind Unverständnis und Überreaktionen programmiert.

Wir wollten sagen, dass die Nazi-Zeit und der Holocaust über eine Ereigniskette (A wirkt auf B, B wirkt auf C) bis in den Nahost-Konflikt hineingewirkt haben und auch die Araber indirekt von diesen Folgewirkungen betroffen waren. Methodisch etwa in dem Sinne, wie Fritz Stern es formuliert hat: „Ohne Hitlers Deutschland und seinen Griff nach der Weltmacht wäre Deutschland nicht geteilt und Israel nicht geschaffen worden.“¹⁷ Man kann darüber diskutieren, ob die so formulierten Ursachen und Folgen plausibel sind, aber gemeint sind natürlich eindeutig *nicht intendierte* Folgewirkungen. (Die Nazis hätten auch den Jischuw liquidiert, wenn sie gekonnt hätten, die Henker standen schon parat.) Gehört oder gelesen wurde aber vielfach: (a) Die Nazis hätten gezielt einen jüdischen Staat in Israel gefördert. (b) Die Araber seien genauso Opfer des Holocaust wie die Juden. (c) So wie Nazi-Deutschland die Juden zu Opfern gemacht hat, hätten die Juden die Araber zu Opfern gemacht. Nichts davon hatten wir gesagt oder geschrieben, im Gegenteil; den Unterschied zwischen dem Holocaust und seinen indirekten Folgen für die Palästinenser hatten wir im Manifest ausdrücklich benannt.

(2) Nazi-Zeit und Holocaust sind eine zentrale Epoche in der jüdischen Geschichte, im jüdischen Selbstverständnis und im Verhältnis zwischen nicht-jüdischen Deutschen und Juden bzw. zwischen Deutschland und Israel. In der Geschichte des Nahost-Konflikts sind sie eine Etappe und in seiner heutigen Realität politische Kulisse, die hin und her geschoben wird. Die Wurzeln des Nahost-Konflikts liegen nicht hier, sondern in der gesamteuropäischen Geschichte. Einmal in der Unfähigkeit oder mangelnden Bereitschaft eines großen Teils der europäischen Völker, ihre jüdischen Minderheiten rechtlich und politisch zu gleichberechtigt-

¹⁷ Stern, *Fünf Deutschland*, S. 532

ten Mitbürgern zu machen und sie dauerhaft friedlich zu integrieren. Zum zweiten in der Delegation der „jüdischen Frage“, die wie gesagt weniger eine jüdische als eine europäische Frage war, an den „Süden“, an eine Entwicklungsregion, die weder die politische noch die physische Macht hatte, ihre „Enteignung“ zu verhindern. Letztendlich musste eine Nationalbewegung einer anderen weichen, und das ist der zweite Teil in der Tragödie der Frühphase des Nahost-Konflikts. Um noch einmal Fritz Stern zu zitieren:¹⁸

(...) die palästinensischen Araber, die 1948 zu Flüchtlingen aus ihrem Land geworden waren, hatte man büßen lassen für die Unterlassungen und Verbrechen, welche die Europäer an ihren Juden begangen hatten.

Aber der Konflikt hat sich ja weiter entwickelt und Form und Inhalt verändert. Aus meiner Sicht zentral ist dabei die Einwanderung einer sehr großen Zahl von Juden aus arabischen (oder anderen überwiegend islamisch geprägten) Ländern nach der Unabhängigkeit Israels und während oder nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg (und späteren israelisch-arabischen Kriegen). Auch diese Einwanderung war weit überwiegend das Ergebnis von Auswanderungsdruck oder sogar gewaltsamer Vertreibung durch die Mehrheitsbevölkerungen oder deren Regierungen. Damit hat der Konflikt seine europäischen Ursprünge verlassen, ist er – sehr pointiert formuliert – zumindest partiell auch zu einem inner-orientalischen geworden. Spätestens seit diesen Veränderungen – ich klammere hier einmal die unsägliche Rolle des (inoffiziellen) Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin Al-Husseini, und seine Kooperation mit Hitler-Deutschland aus; das ist ein durchaus komplexes und wieder kontroverses Thema für sich – kann die arabische Seite nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, immer nur ihre legitimen Rechte verteidigt zu haben.¹⁹

(3) Hinzu kommt, dass es nicht des Rückgriffs auf die Nazi-Zeit und den Holocaust, ihre möglichen Verbindungen mit dem Nahost-Konflikt und ihre allgemeinen politischen und ethischen Konsequenzen bedarf, wenn man Argumente sucht, um die Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte der Palästinenser einzufordern. Vielleicht wollten wir uns dadurch eine zusätzliche Legitimation verschaffen, über die Unterdrückung der Palästinenser und die Verletzung ihrer Menschenrechte zu reden, dass wir sie indirekt ebenfalls zu Opfern der Nazis erklärten, denen gegenüber wir auch etwas gut zumachen hätten; dabei könnten die Schuldgefühle unserer Generation gegenüber den Juden durchaus eine Rolle gespielt haben. Durch die Reaktionen in Israel ist mir eines jedenfalls sehr klar geworden: Wenn Deutsche ein solches

¹⁸ a.a.O., S. 363

¹⁹ Gegen das – aus verschiedenen Gründen verständliche und angesichts der Konfliktlage wohl unvermeidliche – Teilungs-Votum der Vereinten Nationen, das letztlich den Anlass für den Angriff der arabischen Staaten auf Israel bildete, ließ sich immerhin noch einwenden, dass es sich über den Willen von Zwei-Dritteln der Einwohner Palästinas hinwegsetzte. Zur Rolle des Mufti vgl. Klaus Geneske, *Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis*, Darmstadt 2007

politisches und moralisches Dreiecksverhältnis konstruieren – und zwar völlig unabhängig davon, ob es historisch zulässig ist oder nicht –, dann tun sie nicht nur sich, sondern auch den Konfliktparteien keinen Gefallen. Es provoziert die erwähnten Fehldeutungen, es führt zur Selbst-Überforderung und es nimmt den Parteien die Verantwortung für ihr über Jahrzehnte gewachsenes Konflikt-Verhalten. Außerdem bietet ein schlechtes Gewissen keinen guten Ansatz für Vermittlungsversuche.

Freundschaft und Kritik gegenüber Israel, geht das zusammen? Dazu fallen mir abschließend noch drei Gesichtspunkte ein:

(1) In kaum einem anderen Land wird die eigene Politik, werden die eigenen Versäumnisse, die eigenen Vergehen ständig so offen und so intensiv diskutiert wie in Israel, und zwar von Menschen, die sich dafür regelmäßig rabiate Vorwürfe einhandeln. Ihre „Zivilcourage im Belagerungszustand“ hat zweifellos mehr Gewicht als die Kritik von Menschen wie mir, die nicht unter den Bedingungen realer äußerer Bedrohung leben und arbeiten.²⁰

(2) In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 17. März 2008 sagt der israelische Autor und Regisseur Etgar Keret, der Holocaust verleihe Israel keine Immunität. Es sei eine Pflicht für die Deutschen, die Welt zu einem sichereren Platz für alle Menschen zu machen, und nicht nur für Israelis. Es wäre sogar eine Art Missachtung der Holocaust-Toten, wenn das die Deutschen dauerhaft stumm gegenüber Israel machen würde. Moral bedeute nicht, höflich zu sein, sondern zu sagen, wenn etwas falsch ist.²¹

(3) Fritz Stern zitiert in seinen Erinnerungen folgenden Satz von Isaiah Berlin: Man erkenne seine Loyalität daran, dass man sich für das Handeln der Regierung eines Landes auch schämen könne.²²

²⁰ Diese Unterscheidung bei Brumlik, *Kritik des Zionismus*, S. 15; gleichwohl halte ich Brumliks Wertungen gegenüber einigen dieser außerisraelischen KritikerInnen für nicht gerechtfertigt. Vgl. dazu etwa die Antwort von Rolf Verleger, *Antisemitologie*, TAZ vom 12. April 2007, S. 11

²¹ „Die ständige Opferrolle ist sehr entwürdigend“, Interview mit dem israelischen Autor und Regisseur Etgar Keret, Frankfurter Rundschau vom 17. März 2008, S. 16

²² Stern, *Fünf Deutschland*, S. 239